

# Enttäuschung bei der CSA

Franz Reiter: Neues Wahlrecht nicht in Sicht

© 08.02.2018 | Stand 08.02.2018, 02:02 Uhr

**Pfarrkirchen.** Nach derzeitigem Stand ist eine baldige Neuauflage der Großen Koalition in Sicht. Nicht nur in Sicht, sondern tatsächlich im Postfach war jetzt die Antwort auf einen Brief der Christlich sozialen Arbeitnehmerunion (CSA), vertreten durch deren Vorsitzenden Franz Reiter, an den Parteivorsitzenden der CSU.

Reiter hatte die CSU-Parteiführung dazu aufgefordert, sich im Rahmen der Koalitionsverhandlungen für ein neues Wahlrecht ab der nächsten Bundestagswahl einzusetzen, um Kosten für den Steuerzahler zu vermeiden. "Für den Laien ist es nicht verständlich, warum 46 Überhangmandate, davon sieben für die CSU, durch 65 Mandate an die anderen Parteien ausgeglichen werden müssen. Dies führt zu Mehrkosten in Höhe von jährlich ca. 75 Millionen Euro. Mit 709 Abgeordneten leistet sich Deutschland, nach China, den zweitgrößten Volkskongress der Welt. Selbst das Repräsentantenhaus in den USA hat nur 450 Mitglieder", so Reiter.

In der von Florian Meißner, Justiziar, verfassten Rückmeldung heißt es, dass man die Anregungen in die parteiinternen weiteren Überlegungen einfließen lasse. Weiter heißt es im Schreiben von Florian Meißner: "Da das Bundesverfassungsgericht gesetzliche Regelungen zum Wahlrecht aber sehr kritisch überprüft, muss eine solche Wahlrechtsreform sorgfältig vorbereitet und verfassungsrechtlich haltbar sein." Deshalb sollte das komplizierte Thema in der neuen Legislaturperiode angegangen werden und einer tragfähigen und verfassungsrechtlich haltbaren Lösung zugeführt werden.

"Tatsächlich spielte das Thema im Rahmen der Koalitionsverhandlungen keine Rolle", macht Reiter aus seiner Enttäuschung keinen Hehl.

- red